

28.02.2013 - 20:32 Uhr

Frühe Einschulung in der Kritik Leitartikel von Regina Köhler über die Rolle rückwärts bei den Schulreformen*Berlin (ots) -*

Es ist besser, Reformen zu korrigieren, anstatt sie umzusetzen, obwohl sie sich in der Praxis bereits als falsch erwiesen haben. So wurde im vergangenen Jahr die verpflichtende Einführung des jahrgangsübergreifenden Lernens an den Grundschulen wieder abgeschafft. Die Schulen können nun selbst entscheiden, ob sie ihre Klassen altersmäßig mischen oder nicht. Das Kernstück der 2004 eingeleiteten Grundschulreform ist damit vom Tisch. Und jetzt wird offenbar ein weiterer Teil dieser Reform gekippt: die Einschulung mit fünfeneinhalb Jahren. Vieles deutet darauf hin. Doch das wäre kein Fehler, sondern eine vernünftige Entscheidung. Schließlich sollen Reformen den Betroffenen nutzen. Bewirken sie stattdessen das Gegenteil, müssen sie hinterfragt und verändert werden.

Nach der Jahrgangsmischung will die CDU jetzt auch die Früheinschulung wieder flexibler gestalten und eine Gesetzesänderung veranlassen. Als Erste haben die Grünen dafür plädiert, das Einschulungsalter anzuheben. In der SPD gibt es dazu hingegen kein offizielles Statement. Dabei hat Bildungssenatorin Sandra Scheeres bereits vor einem Jahr dafür gesorgt, dass Rückstellungen, die zunächst nur in Ausnahmefällen vorgesehen waren, wieder leichter möglich sind - für die Eltern ist das allerdings ein sehr aufwendiges Prozedere.

Zudem lässt die Bildungsverwaltung nun ermitteln, ob es vor allem die früh eingeschulerten Kinder sind, die länger in der Schulanfangsphase bleiben. Auch die Ergebnisse der in der dritten Klasse geschriebenen Vergleichsarbeiten sollen dazu überprüft werden.

Das ist höchste Zeit. Schulpraktiker berichten seit Langem von großen Problemen mit vielen der früh eingeschulerten Kinder. Die Schulen seien weder personell noch räumlich dafür ausgestattet, diese sehr kleinen Kinder angemessen zu fördern, mahnen sie. Besorgniserregend ist auch die Tatsache, dass im vergangenen Jahr rund 15 Prozent der Berliner Schüler die zweite Klasse wiederholen mussten.

Die Vorsitzende des Grundschulverbandes, Inge Hirschmann, kritisiert zudem, dass es keine Alternativen für die Kinder gibt, die mit der frühen Einschulung überfordert sind. Schon nach acht bis zehn Wochen zeige sich, welche Kinder noch nicht bereit seien. Diese hätten dann aber keine Chance, wieder auszusteigen. Es gebe weder temporäre Kleingruppen für sie an der Schule noch ein Zurück in die Kita. Die Kleinen müssten mitgezogen werden, koste es, was es wolle.

Das aber darf nicht sein. Schließlich geht es hier um die Schullaufbahn der Kinder. Und die wird nur schlecht geraten, wenn es ihnen schon zu Beginn derart schwer gemacht wird. Die Korrektur von Reformen ist deshalb ein Muss. Wobei gleichzeitig die Frage erlaubt sein sollte, ob diese Reformen handwerklich gut gemacht worden sind. Was die frühe Einschulung betrifft, wäre ein wissenschaftlich begleiteter Modellversuch auf jeden Fall sinnvoller gewesen, als nun im Nachhinein Überprüfungen anzuordnen. Für viele Schulanfänger ist es bereits ziemlich schiefgelaufen.

Kontakt:

BERLINER MORGENPOST

Telefon: 030/2591-73650

bmcvd@axelspringer.de

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100050382/100733698> abgerufen werden.